

FDP
Die Liberalen



SOLOTHURNER FREISINN

Solothurn Radikal	2/3/4 5	FDP Frauen Unter Freisinnigen	6 11	Ecopop Christian, du irrst dich	14 16	Spekulation mit Lebensmitteln FDP International	18 19
----------------------	------------	----------------------------------	---------	------------------------------------	----------	--	----------

21. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn

Inhalt

Feriengrüsse

Kantonsrätinnen und Kantonsräte schicken uns sommerliche Grüsse.

Seite 2

Fraktionspräsident

Peter Hodel fasst seine ersten Eindrücke als neuer FDP-Fraktionschef zusammen.

Seite 3

Nein zur Einheitskasse

Der Zürcher Gesundheitsdirektor Dr. Thomas Heiniger hat eine klare Meinung, wenn es um die Initiative zur Einführung einer Einheitskasse geht. Seine Argumente legt er im «Freisinn» dar. Daneben sprechen auch viele Fakten gegen eine Einheitskasse und für die Beibehaltung des bewährten Systems.

Seiten 20 und 21

Nein zur Gastro-Initiative

Wie viel soll die Wurst kosten? Andrea Caroni nimmt im Interview Stellung zur Gastro-Initiative und erklärt, warum die Initiative trotz – im wahrsten Sinne des Wortes – verlockender Argumente abgelehnt werden sollte.

Seite 22

Bildungspolitik ist Wirtschaftspolitik

Am Samstag, 25. Oktober 2014, führt die *FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn* in Olten einen Parteitag zu den Themen Bildung und Wirtschaft durch. In diesen Bereichen sind die Freisinnigen in der kommenden Zeit stark gefordert. Ihre starke Stimme ist gefragt.

Remo Ankli, Regierungsrat, Beinwil

Nach der Abstimmung vom 9. Februar sind hitzige Diskussionen darüber entbrannt, wie die Masseneinwanderungsinitiative umgesetzt werden soll. Niemand vermag derzeit präzise abzuschätzen, welche Konsequenzen die Beschränkung der Zuwanderung haben wird. Während folglich vieles noch unklar erscheint, ist dagegen eines klar: Die Mangelerscheinungen auf dem Markt für Fachkräfte, die bereits spürbar sind, werden nicht so rasch verschwinden. Im Gegenteil! Das ist eine Herausforderung, der sich die wirtschaftlichen Akteure und die Bildungspolitiker gemeinsam stellen müssen. Um dem Mangel an gut ausgebildeten Arbeitskräften entgegenzuwirken, sind die Möglichkeiten im Inland noch besser auszuschöpfen. So sollte beispielsweise das teilweise noch brachliegende Potenzial bei den Frauen ins Auge gefasst werden.

Eine zentrale Aufgabe kommt dem



Bildungssystem zu: Es gibt den Schülerinnen und Schülern die für das spätere Leben notwendige Ausrüstung mit auf den Weg und schafft damit für alle gerechte Ausgangschancen. Es hält die jungen Menschen zur weiteren persönlichen Entwicklung und zur möglichst optimalen Entfaltung ihrer Anlagen und Fähigkeiten an. Und es hilft mit, dass die Wirtschaft über genügend und hervorragend ausgebildete Fachkräfte verfügt. Diese Ziele sind nur zu erreichen, wenn sich die Bil-

dungseinrichtungen um möglichst hohe Qualität bemühen und auf allen Ebenen Leistungsbereitschaft einfordern. Schule und Berufsausbildung verlangen viel von unseren Jungen, müssen aber auch fair gestaltet werden, damit sich ein wesentlicher Grundsatz unserer freiheitlichen Grundordnung weiterhin verwirklichen kann: Leistung lohnt sich!

Es ist falsch, die Berufsbildung gegen eine gymnasiale Maturität auszuspielen. Wir sind auf beide Bildungswege angewiesen.

Doch es ist eine Tatsache: Die duale Berufsbildung bietet den Jugendlichen heute vielfältigste Entwicklungsmöglichkeiten, und das bei einer enormen Durchlässigkeit in andere und in weiterführende Bildungsgänge. Berufliche Entscheidungen sind heute somit weder Sackgassen noch müssen sie endgültig sein. Es ist deshalb eine wichtige Aufgabe, dieses Erfolgsmodell weiterzuentwickeln, diese anspruchsvolle Verbundaufgabe von Wirtschaft und Staat zu hegen, die in dieser Form weltweit einmalig ist.

Feriengrüsse von der FDP-Fraktion



Kantonsrat Peter Brügger und seine Gattin Annemarie fuhren mit dem Velo von Stockholm bis Umea nach Norden, setzten dann mit der Fähre hinüber nach Vaasa (Finnland) und radelten wieder südwärts bis nach Turku. Via die Schäreninseln und Aland ging es dann wieder zurück nach Stockholm mit rund 1800 km (!) in den Beinen und die meiste Zeit mit Gegenwind.



Die Kantonsrätinnen Vreni Meyer und Karin Büttler wanderten eine Woche durchs Wallis. Start war in Saas-Fee auf dem Europaweg nach Zermatt. Auf dem Foto sind sie auf dem Gornergrat. Im Hintergrund grüssen das Kleine Matterhorn und das imposante Breithorn.



Wie jedes Jahr, verbrachte Ferienmeitli Ariane ein paar Tage auf dem Bauernhof von Kantonsrätin Rosmarie Heiniger in Gänsbrunnen. Da bekanntlich das Heu nur bei schönem Wetter eingebracht werden kann – und dies war diesen Sommer nicht so oft der Fall – war die Familie um jede Mithilfe froh. Die Heuernte im hügeligen Gebiet erfordert mehr Handarbeit als im Flachland. Das Ferienmeitli nahms locker und fand, es sei viel einfacher, an einem Hügel zu rechnen, das Heu rutsche fast von selbst herunter. Zur Belohnung gabs eine Mitfahrt auf dem Traktor mit der Ballenpresse.



Kantonsrat Mark Winkler zog es in den Süden nach Sizilien. Die Insel gehört sicher zu den interessantesten im Mittelmeer. Neben historischen Städten der Griechen und Römer sind auch die heutigen Städte wie Palermo oder Catania einen Besuch wert. Ein Highlight auf Sizilien ist der aktive Vulkan Ätna. Auch das kulinarische Sizilien lohnt sich. Gute Küche und ausgezeichnete Weine laden zu Tisch.



Kantonsrätin Anita Panzer grüsst vom Klettersteig am Jegihorn VS (3206 m ü. M.). Sie kann die herrliche Klettersteigtour nur empfehlen. Von der Weissmieshütte VS ging es durch ein Rudel Steinböcke mit Jungen zum Einstieg. Die Tour bestand zumeist aus Felsklettern auf den Gipfel. Der Abstieg war rutschig und steil und dadurch anstrengender als der Aufstieg.

Aus dem Kantonsrat

Grosses verabschiedet, und Wichtiges steht an

Peter Hodel,
Fraktionspräsident, Schönenwerd

Mit der Mai-Session hat auch meine neue Aufgabe als Fraktionspräsident begonnen. Gerne nehme ich die Gelegenheit wahr und werfe einen kurzen Blick zurück auf meinen Einstieg in der neuen Funktion.

Es ist spannend und interessant, unsere Fraktion «führen» zu dürfen, denn wir 26 FDP-Kantonsrätinnen und -Kantonsräte vereinen, trotz sehr unterschiedlicher Herkunft und Tätigkeit, ein grosses Wissen und hohe Fachkompetenz. Dadurch werden alle Geschäfte aus verschiedenen Blickwinkeln im Vorfeld der Sessionen intensiv, kritisch-konstruktiv und vertieft analysiert und beurteilt, und das ist sozusagen auch unsere Kernaufgabe. Diese Vielseitigkeit kann aber manchmal dazu führen, dass wir in gewissen Geschäften als Fraktion nicht immer mit einer Stimme auftreten. Doch, und davon bin ich persönlich fest überzeugt, ist dies auch ver-



Peter Hodel, Fraktionspräsident, Schönenwerd

treubar. Dies gilt aber nicht für unsere Kerngeschäfte, wo wir als Einheit unsere politische Schlagkraft vollumfänglich zur Wirkung bringen müssen. Das ist enorm wichtig!

Nachdem die beiden grossen Geschäfte Finanzausgleich und Ausfinanzierung Pensionskasse im Rat zuhanden einer Volkabstimmung verab-

schiedet sind, bleibt das Parlament weiterhin gefordert. Mit dem neuen Wirtschafts- und Arbeitsgesetz steht ein weiteres, für uns Freisinnige wichtiges Gesetz für die Kantonsratsdebatte in der August-Session an. Diese Vorlage gehört unbestritten in unsere Kernkompetenz. Ebenso wichtig und somit nicht weniger bedeutend sind die einzelnen Vorlagen, die aus dem erfolgreich geschnürten Massnahmenpaket nun konkret dem Parlament vorgelegt werden. In diesem Bereich ist mein «Bauchgefühl» nicht allzu gut. Die erlebten Diskussionen in den vorbereitenden Kommissionen stimmen mich bedenklich, was die konkrete Umsetzung der verschiedenen Massnahmen anbelangt. Leider drücken schon jetzt wieder Parteiideologien durch, und man versucht wieder möglichst seine eigenen «Pfründe» zu retten. Die Debatten über die Senkung der Prämienverbilligung sowie die Erhöhung der Personalsteuer werden bereits zu «Prüfsteinen» werden. Ich hoffe, ich werde dabei eines Besseren

belehrt und meine Vorahnung werde sich in Staub auflösen.

Wir als Fraktion haben im Rahmen der damaligen Debatte über den Massnahmenplan klar und deutlich formuliert, dass die Kantonsfinanzen vorwiegend durch Ausgabenreduktionen ins Lot gebracht werden müssen. Unsere Sparregel heisst: 80 Prozent Ausgaben reduzieren, 20 Prozent Einnahmen steigern. Diese Haltung wurde im Parlament nicht fundamental bestritten. Leider hat es der Kantonsrat in der vergangenen Budgetdebatte bereits verpasst, den entsprechenden Druck aufrechtzuerhalten, und schon wieder auf Vorsorge die Steuern erhöht, um dem Spardruck «Luft abzulassen». Ich bin fest davon überzeugt, dass wir als Fraktion in den jeweiligen Beratungen der Massnahmenpaket-Vorlagen unsere damalige Haltung beibehalten und uns dafür einsetzen werden, dass unsere definierte Sparregel in der «Schlussabrechnung» effektiv eingehalten wird. An uns solls nicht scheitern!

Die FDP Frauen Kanton Solothurn zu Besuch im Rathaus

Barbara Maienfisch,
Präsidentin FDP Frauen Kanton Solothurn, Feldbrunnen

An ihrem diesjährigen Sommeranlass vom 2. Juli besuchten die FDP Frauen des Kantons Solothurn den Ort, wo die grosse Politik im Kanton gemacht wird: das altherwürdige Rathaus in der schmucken Solothurner Altstadt. Mit grossem Interesse nahmen dabei 19 freisinnige Frauen an einer Führung durch die Räumlichkeiten der Solothurner Exekutive teil. Dabei gab es gleich zu Beginn etwas Aussergewöhnliches zu lernen. Tatsächlich ist der Solothurner Regierungsrat der einzige in der Schweiz, der seine Sitzungen öffentlich abhält. Mit anderen

Worten: Jeder Bürger darf, wann immer er will, der Regierung beim Regieren über die Schulter gucken. Mehr Transparenz kann es kaum geben. Auf Interesse stiessen auch die Porträts der früheren Regierungsräte, welche in der Ahnengalerie jeweils ein Bild bekommen haben – wohl mit der Hoffnung, dass sich die Nachwelt ihrer Taten noch lange erinnern möge. Überhaupt fiel den Frauen die omnipräsente zeitgenössische Kunst auf, die im ganzen Rathaus zu bestaunen ist. Offensichtlich sind Minister kunstaffine Zeitgenossen.

Debatte im Kantonsrat

Wer A sagt, muss auch B sagen. Darum kam nach der Regierung auch das

Parlament in den Genuss des liberalen Besuchs. Auf der Zuschauertribüne im Kantonsratssaal nahmen die Frauen Platz und lauschten kritisch, wie echte FDPler eben sind, den Voten der Parlamentarier. Es war die letzte Sitzung vor den Sommerferien. Das angekündigte Thema tönte vielversprechend: «Kein Fruchtfolgeflächen-Verschleiss für Öko-Massnahmen». Brisant muss das Thema sein, denn es wurde eifrig diskutiert.

Nächster Ausflug führt an den Bielersee

Nach all der Politik kam der Hunger. Doch vor dem Mittagessen im Restaurant Baseltor stand ein weiterer Höhepunkt an. Regierungsrätin Esther

Gassler höchst persönlich sowie die FDP-Kantonsrätinnen empfingen die Damen zum Gespräch. Fragen wurden gestellt, beantwortet und Wissenswertes ausgetauscht. Die 19 Frauen waren sich später in ihrem Fazit einig: ein gelungener Anlass. Im nächsten Jahr soll darum wieder die letzte Kantonsratssitzung vor der Sommerpause besucht werden. Vorher steht aber ein völlig anderer Event auf dem Programm. Am schönen Bielersee wollen sich die FDP Frauen ein Bild davon machen, wie sich eine Winzerin in einer Männerdomäne schlägt. Am 30. August besuchen sie Winzerin Ursula Angelrath in Twann, deren Chasselas 2011 zum Berner Staatswein gekürt wurde.

Kolumne

Die nackte Tatsache

Urs Marti, Solothurn



Das Baby liegt bäuchlings nackt auf dem Molton, die Beinchen leicht angezogen. Es lächelt und wird vom Fotografen geknipst, der das Bild rahmen lässt (Goldrahmen!), damit es im Wohnzimmer aufgehängt werden kann, zur Freude der Eltern, zur Freude der Grosseltern, zum Spass von Onkeln und Tanten. Weniger Spass daran hat das Baby, wenn es gross geworden ist und ihm das Bild mit der neckischen Bemerkung vorgehalten wird: «So hast du einmal ausgesehen.» Das war früher so üblich, und daran hat niemand Anstoss genommen. Aber das sind Tempi passata. Definitiv!

Das mit dem Baby heisst jetzt neudeutsch Posing. Und Posing-Bilder sollen verboten werden, verlangt unser Solothurer CVP-Nationalrat Stefan Müller. Inspiriert (oder ist das Plagiatspolitik?) wurde er offensichtlich von der Edathy-Affäre. Anfänglich war nicht ganz klar, ob der inzwischen zurückgetretene deutsche SPD-Bundstagsabgeordnete Sebastian Edathy wegen Kinderpornografie strafrechtlich überhaupt belangt werden könne, weil es sich beim zunächst beschlagnahmten Material um Posing-Bilder handelte, um Aufnahmen, bei denen Genitalien nicht im Vordergrund stehen und keine sexuellen Handlungen angedeutet werden. Rechtlich handelte es sich um eine Grauzone und damit um eine Gesetzeslücke, die nach dem regelungsfreudigen Verständnis der deutschen Politik natürlich sofort geschlossen werden muss. Gefordert wird deshalb ein generelles Verbot für die Herstellung, den Handel, Erwerb und Besitz von Nacktbildern von Kindern. Also schleunigst weg mit dem Babyfoto, das noch aus Grossmutterns Zeiten irgendwo auf dem Estrich herumliegt. Denn jetzt kommt Stefan

Müller. Er hat «federführend» für die CVP ein Positionspapier zum Kinder- und Jugendschutz verfasst, das vom Parteipräsidium am 19. Mai 2014 in Bern verabschiedet worden ist. Darin fordert die CVP auch in der Schweiz «einen strengeren Kurs bei Posing-Bildern von nackten Kindern, da bei solchen Bildern das Posieren und somit eine implizite Darstellung von Sexualität im Vordergrund steht.» Und weiter: «Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement ist jetzt gefordert, diese Problematik anzugehen.» (Als ob dieses nicht Wichtigeres zu tun hätte).

Müller macht die Sache auch gleich rund: «Auch Kleinkinder brauchen einen Badeanzug in der Badanstalt.» Noch vor wenigen Wochen hat er dazu in der Fernsehsendung «10 vor 10» die Einreichung eines entsprechenden parlamentarischen Vorstosses angekündigt. Von einer Badehosen-Motion will er jetzt aber nichts mehr wissen. Das Ganze sei von den Medien aufgebauscht worden, erklärt er. Wir wollen die Sache auch nicht noch weiter aufbauschen, sondern sie dort ansiedeln, wo sie hingehört, nämlich auf einem tieferen Niveau.

Aus den Nationalratswahlen 2011 ist die CVP nur als viertstärkste Partei hervorgegangen, hat aber dank ihren Listenverbindungen mit der EVP und den Grünliberalen zwei Mandate gewonnen, während sich die FDP als zweitstärkste Partei mit einem Sitz begnügen musste. Und was machen nun die beiden Solothurner CVP-Vertreter in Bern? Der eine praktisch fast gar nichts, und der andere kümmert sich um die Badehosen für Kleinkinder. Das ist die nackte Tatsache. Aber vielleicht ist es das letzte Mal, dass man eine solche Formulierung überhaupt noch verwenden darf, denn, wer weiss, was Stefan Müller noch alles einfällt.

PS. Übrigens sind nächstes Jahr wieder Wahlen. Dabei dürfen dann auch die Satrapendienste hinterfragt werden, welche die nach ihrer eigenen Einschätzung angeblich erfolgreichen Grünliberalen für die CVP leisten.

Wechsel in den Ortsparteien

- Erschwil:** Urban Christ (neu) für Roland Borer
- Kriegstetten:** Simon Wiedmer (neu) für Ursula Müller
- Niedergösgen:** Markus Hunziker und Marco Morach (neu) für Stephan Glättli (bisher)

Wir danken den zurückgetretenen Präsidenten für ihren Einsatz.

Das Sekretariat der *FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn* sucht auf 1. November 2014 (oder nach Vereinbarung) eine/einen

Leiter/Leiterin Administration

in einem 50- bis 60-%-Pensum mit Arbeitsort Solothurn.

Ihre Bewerbungsunterlagen senden Sie bitte ein an: *FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn*, z. Hd. Herrn Charlie Schmid, Postfach 554, 4502 Solothurn

Veranstaltungen

August 2014

Di 26. 19.00 Uhr Parteivorstand (Rössli Oensingen)

September 2014

Mi 3. 19.30 Uhr Solothurner Abstimmungsarena mit NR Kurt Fluri und weiteren Solothurner Bundesparlamentariern (Casablanca/Obach Solothurn)

Sa 13. 10.45 Uhr Parteitag der FDP Schweiz in Zug

So 28. Eidgenössische und kantonale Abstimmungen

Oktober 2014

Mo 20. 19.30 Uhr Kantonale Delegiertenversammlung

Sa 25. 08.30 Uhr Parteitag FDP Kanton Solothurn in Olten (Campus FHNW)

Den Jahresterminkalender und weitere Details finden Sie unter:

www.fdp-so.ch/events



Um die Anreise an den **Tag der FDP vom 13. September** zu erleichtern, organisieren wir eine gemeinsame Carfahrt. Regierungsrat Remo Ankli, Nationalrat Kurt Fluri, Parteipräsident Christian Scheuermeyer und Fraktionschef Peter Hodel werden ebenfalls mitreisen. Der Car wird voraussichtlich um 9.00 Uhr in Oensingen abfahren. Falls Sie von diesem Angebot Gebrauch machen möchten, melden Sie sich bitte umgehend mit diesem Talon an. Die freien Plätze werden nach Eingang der Anmeldung vergeben.

Name/Vorname: _____

Wohnort: _____

Telefon (im Notfall): _____

Anzahl Personen: _____

Bitte einsenden an: FDP Kanton Solothurn, Postfach 554, 4502 Solothurn, per Fax an 032 623 24 26 oder info@fdp-so.ch

Rede von Andrea Caroni, Zurich Pride vom 14. Juni 2014

20-Jahr-Jubiläum der Zurich Pride

Am 14. Juni 2014 war ein ganz besonderes Jubiläum: Auf dem Kasernenareal fand die 20. Ausgabe der Zurich Pride statt. Das Festival, ein jährlicher Höhepunkt im Kalender der LGBTI-Community, konnte bei strahlendem Wetter und ausgelassener Stimmung über die Bühne gehen. Seit jeher gehört aber nicht nur das Feiern, sondern genauso das Politische zur Pride. Reden zum Thema der politischen Anerkennung von Homosexualität waren auch dieses Jahr wieder Programm – unter anderen auch mit einem Freisinnigen: dem Ausserrhoder Nationalrat Andrea Caroni.

**Odilo Lamprecht,
Präsident Radikal**

«Es ist mir eine grosse Ehre, am 20-Jahr-Jubiläum der Zurich Pride sprechen zu dürfen», verkündete Andrea Caroni gleich zu Beginn, bevor er scherzhaft gestand: «Ich oute mich. Es geht mir nämlich wie meiner Vorednerin Corine Mauch – auch ich stehe auf Frauen.»

«Over The Rainbow»

Nach diesem Einstieg ging Caroni mit dem Ausschnitt aus einem Lied zum eigentlichen Kern seiner Rede über; dazu diente ihm der Klassiker «Over The Rainbow», ursprünglich aus dem Musical «Der Zauberer von Oz» aus dem Jahr 1939. Das Regenbogen-Lied wurde akustisch eingespielt, und das Publikum sang laut mit. Eben dieser Regenbogen sei in seiner Buntheit und seiner Vielfalt ein sehr schön gewähltes Symbol der LGBTI-Community, so Caroni. Die Grundhaltung von Toleranz, von leben und leben lassen sei auch seine Überzeugung.

Dieser gesellschaftliche Liberalismus sei auch nicht nur eine nette Ergänzung zum Wirtschaftsliberalismus. Diese beiden Arten der Freiheitsliebe seien untrennbar mit einander verbunden: «Die Freiheit ist unteilbar. Sie gilt immer auch für die private Lebensgestaltung.»

Caroni machte danach noch klar deutlich, dass er diesen gesellschaftlichen Liberalismus aus Prinzip und konsequent vertrete: «Als Gesellschaftsliberaler sage ich deshalb: Es geht den Staat nichts an, wenn ein erwachsener Mensch am Samstagabend in seiner Wohnung einen Joint anzün-



Odilo Lamprecht, Präsident der schwullesbischen Fachgruppe der FDP: Radikal.

det. Es geht den Staat nichts an, wenn jemand einer bestimmten Religion zugehört und dies beispielsweise mit seinen Kleidern zeigt. Und vor allem geht es den Staat nichts an, wenn Sie lieben oder was Sie in ihrem Schlafzimmer – oder wo immer Sie wollen – tun.»

Immer noch zahlreiche Diskriminierungen

«Gerade Letzteres ist keine Selbstverständlichkeit», merkte Caroni an und lenkte damit auf das eigentliche Thema der Veranstaltung zurück. Zwar habe die Gesellschaft die Zeiten glücklicherweise überwunden, in

denen Homosexualität als Krankheit oder Verbrechen angesehen wurde. «Aber es bestehen immer noch Diskriminierungen», hielt Caroni fest.

Er nannte auch gleich Beispiele dieser Ungleichbehandlungen: Es gebe Versuche, Aufklärung über Homosexualität aus den Schulen zu verbannen. Ausserdem gelte die erleichterte Einbürgerung nur für Partner in einer vollen Ehe und nicht für eingetragene Partnerschaften, obwohl nur Letztere gleichgeschlechtlichen Paaren offenstehe. Caroni verwies auch auf eine Volksinitiative der CVP, welche die Ehe definition als «Beziehung von Mann und Frau» in der Bundesverfassung zementieren wolle.

«Warum nur Kinder für heterosexuelle Paare?»

Des Weiteren machte Caroni darauf aufmerksam, dass es homosexuellen Paaren grundsätzlich verwehrt sei, Kinder aufzuziehen: Sowohl die Fortpflanzungsmedizin, als auch die Adoption ist heterosexuellen Paaren vorbehalten. Das sei unfair und unsinnig, sagte Caroni: «Warum sollen nur heterosexuelle Paare Kinder aufziehen dürfen? Wir trauen in der Schweiz ja an sich jedem zu, ohne amtliche Bewilligung Kinder zu kriegen. Aber die ganze LGBTI-Community erachtet man kategorisch als unfähig, für Kinder zu sorgen.»

Weil man diese Ungleichbehandlung nicht einfach hinnehmen sollte, appellierte Caroni schliesslich noch an das Publikum: «Seien Sie stolz auf das, was Sie erreicht haben. Und kämpfen wir gemeinsam weiter für die vollständige Gleichstellung – jetzt erst recht.»

Familie und Beruf

Studium – und dann Hausfrau!

Rund 50 000 sehr gut ausgebildete Frauen in der Schweiz gehen keiner Erwerbstätigkeit nach: Sie möchten lieber Hausfrau sein. Das kommt Bund und Kantone teuer zu stehen, denn das kostet den Staat über 5,5 Milliarden Franken. Ganz ökonomisch gesehen, ist das für den Staat nicht gerade eine gute Investition. Was sind die Gründe dafür? Selbstbestimmte Wahl, schlechte Rahmenbedingungen für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder ein mangelndes Angebot an Teilzeitstellen?

Claudine Esseiva,
Generalsekretärin
FDP.Die Liberalen Frauen

Ein Hochschulstudium ist eine Investition in die Zukunft. Es verspricht in der Regel ein gutes Einkommen und eine Karriere. Trotzdem entscheiden sich immer wieder sehr gut ausgebildete Frauen, nicht arbeiten zu gehen. 2013 gab es in der Schweiz 50 000 Hausfrauen, die an einer Hochschule studiert oder eine höhere Berufsbildung absolviert haben. 2011 waren es 58 000. 2003 waren es noch 32 000, wie aus der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) hervorgeht.

Arbeiten lohnt sich nicht

Doch warum bleiben Frauen lieber zu Hause? Die individuellen Gründe sind vielfältig. In vielen Fällen erfolgt die Kündigung des Jobs jedoch mit der Geburt eines Kindes.

Wie Rudolf Minsch, Chefökonom von Economiesuisse, gegenüber «20 Minuten» erklärt, sei ein weiterer Grund für diese Entwicklung das perverse Anreizsystem: «Es kann vorkommen, dass wenn eine Frau mehr arbeitet, das Netto-Familieneinkommen insgesamt sinkt. Denn mit dem Einkommen steigen auch die Steuern und Krippenabgaben.»

Verlorene Investitionen

Verloren gehen dabei auch die Gelder, die in die Ausbildung der Frauen investiert wurden. Eine Berechnung der Industrie- und Handelskammer St. Gallen ergibt, dass rund 5,75 Milliarden Franken von Bund, Kantonen und Privaten in die Hochschulausbildung von Frauen ausgegeben wurden, die momentan nicht erwerbstätig sind.

Von einem «volkswirtschaftlichen Unsinn» dagegen spricht Carmen Walker Späh, Präsidentin der FDP-Frauen. «50 000 Hausfrauen mit Hochschulabschluss – krass, was für ein Potenzial da brachliegt. Der Staat bildet diese Frauen teuer aus, und dann lässt sich diese Ausbildung nicht verwerten.»

«Wir müssen alles unternehmen, damit brachliegendes Arbeitspotenzial wieder aktiviert wird.» Da nach der Annahme der Zuwanderungsinitiative vor allem auch ein Mangel an hochqualifizierten Arbeitskräften drohe, müssten Hausfrauen mit Uniabschluss dringend ins Erwerbsleben zurückgeholt werden.

Mehr Teilzeitstellen für Akademikerinnen

«Dazu braucht es eine eigentliche Willkommenskultur gegenüber Frauen, die arbeiten wollen», sagt Walker Späh. Arbeitgeber sollten zum Beispiel mehr Teilzeitstellen anbieten. Diese



Claudine Esseiva, Generalsekretärin
FDP.Die Liberalen Frauen.

fehlten in hochspezialisierten Berufen ganz besonders. Denn gerade in hochqualifizierten Berufen sei die Gefahr gross, dass man nach einigen Jahren vollständiger Erwerbslosigkeit den Anschluss verpasse. «Es ist wichtig, immer einen Fuss im Erwerbsleben zu behalten.»

Förderung der Vereinbarkeit

Mitte Mai führte die FDP zusammen mit den FDP Frauen in Luzern eine Tagung zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch. Im November wird eine solche Tagung auch in der Romandie stattfinden.

Die Ergebnisse der Tagungen werden in die weitere Arbeit zur Stärkung der unterschiedlichen Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben einfließen.



Damit Frauen sich nicht für eine Abzweigung entscheiden müssen, braucht es entsprechende Rahmenbedingungen.

Unterstützen Sie den Jungfreisinn – und so die FDP!

Ihre Hilfe ist gefragt! In etwas mehr als einem Jahr finden die Nationalratswahlen statt. Um den Freisinn zu stärken, müssen wir jetzt handeln.

Liebe Freisinnige

Wir Jungfreisinnigen brauchen Geld – und bitten Sie hiermit um eine Spende! Je grösser, desto besser. Natürlich. Wieso sollten Sie uns Jungfreisinnigen – insbesondere nach diesem direkten Einstieg in den Text – Geld spenden? Weil es eine gute Investition ist. Wir Jungfreisinnigen sind die Partei, die sich konsequent, ohne Ausnahme, aber mit grossem Engagement für mehr Freiheit und weniger Staat und damit auch für Sie einsetzt. Denn weniger Staat heisst nichts anderes als weniger Gesetze und weniger Vorschriften, dafür mehr Freiraum – für Sie. Weniger Staat heisst auch tiefere Steuern und weniger Gebühren und damit mehr Geld – für Sie. Wir sehen uns als liberale Speerspitze des Freisinns. Als Oppositionspartei sind wir weniger dem Kompromiss verpflichtet als die FDP und können die freiheitlichen Positionen noch konsequenter vertreten. Unser Ziel ist es – gemeinsam mit unserer Mutterpartei, der FDP – bei den Wahlen 2015 die Kehrtwende zu schaffen und so den freiheitlichen Geist in unserem Land zu stärken.

Wer als Partei in diesem Land etwas bewegen will, braucht neben guten Köpfen auch genügend finanzielle Mittel. Es nützt nichts, die richtige Botschaft zu haben, wenn man diese nicht unter die Leute bringen und die Stimmbürger von ihr überzeugen kann. Aus diesem Grund sind alle Parteien auf Spendenfang bei ihren Mitgliedern. Für eine Jungpartei ist dies jedoch etwas schwieriger, denn im Unterschied zu den etablierten und grossen Parteien sind viele unserer Mitglieder noch in Ausbildung, im Studium oder am Anfang ihres Berufslebens – und haben entsprechend selber ein knappes Budget.

Dies ist mit ein Grund, wieso der Bund via Bundesamt für Sozialversi-



cherungen die Jungparteien auf nationaler Ebene finanziell unterstützt. Aber mal ehrlich: Staatliche Parteienfinanzierung? Die Sozialisten mögen sich darüber freuen und ihre Hände reiben, respektive ihre Taschen füllen (was sie in Tat und Wahrheit auch machen: Keine Partei bekommt mehr Geld vom Bund als die Juso). Aber als Jungfreisinnige – wir erinnern uns: Mehr Freiheit und weniger Staat – möchten wir das nicht. Aus diesem Grund haben wir am diesjährigen Kongress beschlossen, politisch gegen die staatliche Jungparteienfinanzierung vorzugehen. Der entsprechende Vorstoss ist aufgegleist.

Wer Geld will, soll etwas dafür tun! Diesen Grundsatz, den wohl jeder Freisinnige unterschreiben würde, nehmen wir sehr ernst. Und fragen Sie

deshalb um eine Spende an. Klar gäbe es auch andere Wege, um an Geld zu kommen. Wir könnten, wie andere Vereine dies machen, Kuchen verkaufen. Oder Veranstaltungen organisieren. Und das machen wir auch – aber mit einem Unterschied: Wenn wir am Samstagmorgen einen Stand in der Altstadt aufbauen, verteilen wir in der Regel Gipfeli und Flyer. Wir machen Werbung für die freisinnige Sache, denn dies ist unser Auftrag, unsere Kernkompetenz. Wir erreichen mehr, wenn wir uns voll auf unseren politischen Auftrag konzentrieren und unsere Kräfte dort einsetzen können.

Übrigens: Eine Spende an die Jungfreisinnigen hat einen weiteren Vorteil: Ab 100 Franken im Jahr ist sie von der Steuer absetzbar. Weniger Steuern bezahlen und gleichzeitig die Jung-

freisinnigen unterstützen – ein gutes Argument!

Mehr Freiheit. Weniger Staat.

**Christian Mundt,
Finanzchef
Jungfreisinnige Schweiz**

Spenden an die Jungfreisinnigen

PC-Konto: 60-787830-6
Banknr.: 9000
BIC SWIFT: POFICHBE
IBAN: CH80 0900 0000 6078 7830 6

Für Einzahlungsscheine wenden Sie sich bitte an das Sekretariat der Jungfreisinnigen, c/o FDP Schweiz, Neuengasse 20, 3001 Bern.

Tag der FDP

Wahlkampf-Auftakt in der FDP-Familie

Am 13. September feiert die FDP mit dem «Tag der FDP» auf dem Zuger Stierenmarktareal ihren Wahlkampf-Auftakt. Im Zentrum stehen die Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt. FDP-Vizepräsident und Wahlkampfleiter Vincenzo Pedrazzini erklärt im Interview, wie die Partei auch ohne Volksinitiative 2015 die Wahlen gewinnen und die SP überholen will.

Vincenzo Pedrazzini, 2015 sind eidgenössische Wahlen. Sie sind Wahlkampfleiter für die FDP. Hat die Wahlkampfarbeit für Sie schon begonnen?
Die Arbeit hat bereits kurz nach den letzten Wahlen 2011 begonnen. Nach den Analysen des Wahlkampfes 2011 und der erneuten Wahl als Wahlkampfleiter nach der Präsidentenwahl von Philipp Müller, haben wir parteiintern an der neuen strategischen Ausrichtung gearbeitet.

Präsident Philipp Müller hat ehrgeizige Pläne: Er will die SP (19%) an Wählerstärke überholen. Jedoch sagen Skeptiker, ein gleiches Ergebnis wie 2011 wäre für die FDP (15%) bereits ein Erfolg. Was sagen Sie dazu?

Skeptiker zu finden, ist einfach. Prognosen zu stellen beinahe unmöglich. Wir sind aber optimistisch. Denn die Bevölkerung hat zwischenzeitlich feststellen können, dass die Abschottungspolitik von rechts und die Umverteilungspolitik von links der Schweiz schaden. 2011 konnten sowohl die SVP als auch die SP noch viel Lärm produzieren. Heute stellen wir aber fest, dass dies die Schweiz nicht weiterbringt. Lösungen sind gefragt, nicht Lärm. Und die FDP steht für Lösungen im Interesse der Schweiz.

Wo wollen Sie Wähler holen? Jene Wähler zurückgewinnen, die 2011 in die Blocher-Partei abgewandert sind? Haben Sie noch andere in Sicht?

Wir werden in verschiedenen Lagern Wähler zurückgewinnen können und müssen. Wir müssen aber insbesondere



Vincenzo Pedrazzini wird die FDP in den Wahlkampf 2015 führen.

re auch in unserer eigenen Partei wieder mobilisieren. Deshalb sind Exponenten unserer Partei und insbesondere unser Parteipräsident Philipp Müller unermüdlich im Einsatz und besuchen Orts-, Bezirks- und Kantonalparteien.

Links und Rechts sind mit populären Volksinitiativen auf Wahlkurs. Und die FDP? Reicht es, die Wirtschaft zu vertreten?

Es ist geradezu beschämend, dass das wichtige Volksrecht der Initiative als Wahlvehikel verwendet wird. Die FDP schliesst sich diesem Unsinn

nicht an. Auf Initiativen soll nur zurückgegriffen werden, wenn alle anderen politischen Vorstösse ungehört geblieben sind. Zudem ist die Behauptung, die FDP vertrete nur die Wirtschaft, schlicht unsinnig. Wer ist denn die Wirtschaft? Wir alle sind die Wirtschaft. Jeder, der arbeitet, ist Teil der Wirtschaft.

Etwas, worüber sich das Volk zunehmend beklagt, ist die Bevormundung durch den Staat, mit überbordenden Gesetzen. Wieso setzen sich die Bürgerlichen nicht für mehr Freiheit ein, sie haben doch im Parlament die Mehrheit?

Welches sind denn heute noch bürgerliche Parteien? Die FDP und die SVP gehören dazu. Aber wer noch? Die CVP tendiert immer öfter zu Koalitionen mit Links, die BDP braucht die Linken, um ihren Bundesratssitz zu behalten. Die GLP hat das L für liberal nur im Namen und sucht nach der eigenen Identität. Tatsache ist, dass es leider keine bürgerliche Mehrheit gibt. Es wäre wünschenswert – und die FDP sucht die entsprechenden Koalitionen – dass sich dies nach 2015 wieder ändert.

Konkret: Was tut die FDP gegen die überbordende Gesetzesflut?

Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass die Bürgerinnen und Bürger in der Schweiz möglichst frei leben können, ohne Bevormundung durch den Staat. Das geht vom Happy-Hour-Verbot bis zu unnötigen Wiederholungskursen für Neulenkler. Darum haben wir «Freiheit» als einen unserer Kernwerte definiert. Wir setzen uns

dafür ein, dass der Staat nicht jedem kleinen Problem mit einem neuen Gesetz begegnet. Die Schweizerinnen und Schweizer müssen aber auch bereit sein, Verantwortung für sich und ihr Umfeld zu übernehmen. Denn Freiheit ohne Selbstverantwortung gibt es nicht.

«Gemeinsinn» hat sich die FDP ja auch auf die Fahne geschrieben. Was soll das bedeuten? Wollen Sie der SP die Solidarität abspenstig machen?

Die SP versteht Solidarität falsch – bei ihr ist es ein Konzept der Umverteilung und Gleichmacherei. Einer Gesellschaft ist aber am meisten geholfen, wenn jede und jeder für sich selber sorgen kann, statt den anderen auf der Tasche zu liegen. Das ist «Gemeinsinn», wie die FDP ihn versteht – ebenso wie das Engagement in der Familie, für die Nachbarn, ältere Personen, im Verein, in der Schulpflege oder im Gemeinderat.

Weshalb setzt die FDP auf das Milizsystem?

Dieses Milizsystem, die Freiwilligenarbeit, gehört zu den grossen Stärken unserer Schweiz. Der Staat kann nicht alles lösen und ist vielfach zu weit weg von den Bürgern. Neben «Freiheit» und «Fortschritt» ist «Gemeinsinn» deshalb ein Kernwert, für den FDP, Die Liberalen einsteht und mit dem wir in den Wahlkampf ziehen. Gemeinsinn bedeutet auch: Weniger Oppositions- und Obstruktionspolitik, sondern gemeinsam konstruktive Lösungen für den Erfolg unseres Landes erarbeiten. Auch dafür steht die FDP.

Dieses mit einigen Punkten ergänzte/angepasste Interview erschien am 31. Juli 2014 in den «Obersee Nachrichten».

FDP

Die Liberalen



Tag der FDP
13.9.2014
10.45h - 16.00h
Stierenmarktareal
Zug

Trio Anderscht
Zauberer
Chipping-Zelt
Comedian Rob Spence
Parteipräsident Philipp Müller
Gemeinsames Mittagessen
Bundespräsident Didier Burkhalter
Kinderschminken
Human Kickers
e-Bike testen
Hüpfburg
Schneider-Ammann
Schoko-Katapult
Jass-Ecke
Bundesrat

Weitere Informationen und Anmeldung unter:
www.tag-der-fdp.ch

Zukunftsstrategie

Bereit für die Zukunft – bereit, ein Zeichen zu setzen

In rund 14 Monaten wählt die Schweiz ein neues Parlament. Diese Tatsache verrät nicht nur ein Blick auf die Agenda, sondern auch das mediale Stellungsspiel, das die anderen Parteien betreiben. Da werden Forderungen in alle Richtungen laut, und das Fell des Bären wird lange vor dessen Erlegung verteilt. Diesen Ränkespielen verweigert sich die FDP ganz bewusst. Stattdessen präsentiert die FDP am 13. September 2014 in Zug die Früchte ihrer Arbeit und zeigt, wie die Schweiz auch zukünftig eigenständig, erfolgreich und einmalig sein kann.

**Philipp Müller,
Parteipräsident**

Man kann Volksinitiativen en masse lancieren oder mit weltfremden Forderungen aufwarten – oder man kann seriös und engagiert daran arbeiten, unser Land an der Weltspitze zu halten. Die FDP entscheidet sich – wie es ihrer Tradition entspricht – für den letzteren Weg.

Wir haben daher seit Anfang Jahr intensiv an einer Strategie für die erfolgreiche Zukunft der Schweiz gearbeitet. Mitgliederbefragungen, Online-Diskussionen mit der Basis wie auch an Veranstaltungen sowie zahlreiche Gespräche mit Vertretern aller Parteiebenen führten zu einer Strategie, hinter die sich die ganze Partei stellt.

Ein klares Ziel

Was macht den Erfolg der Schweiz aus, welche Herausforderungen erwarten uns und welchen Weg gilt es einzuschlagen? Auf diese Fragen liefert die Zukunftsstrategie der FDP eine klare Antwort. Nebst eindeutigen Forderungen zeigt die FDP auch auf, welche drei Kernwerte die Schweiz gross gemacht haben und die die FDP wie keine zweite Partei verkörpert. Es sind dies Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt.

Das Ziel, das unsere Partei mit ihrer Zukunftsstrategie anpeilt, ist dabei klar: den Schweizerinnen und Schweizern zu garantieren, dass ihr Land weiterhin erfolgreich und eigenständig bleibt und die einmalige Lebensqualität bewahrt wird.



Setzen Sie mit uns am 13. September in Zug ein Zeichen! Ich freue mich auf Ihre Teilnahme – Ihr Parteipräsident Philipp Müller.

FDP-Mitglieder packen an

Diese Ziele zu erreichen, gelingt nicht einer Handvoll Parlamentariern in

Bern. Dazu braucht es zahlreiche engagierte, mutige und optimistische Menschen. Menschen, die anpacken,

die verändern, die sich der Zukunft stellen und nicht im Stillstand verharren. Menschen, die ihre Freizeit für die Gemeinschaft zur Verfügung stellen. Menschen, die sich gegen immer neue Einschränkungen in der Gestaltung des Lebens und der Wirtschaft einsetzen.

Kurz: Menschen, die die Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt leben und täglich umsetzen. Oder noch kürzer: FDP-Mitglieder, wie Sie, werte Leserinnen und Leser.

Nach aussen tragen

Was für die Mitglieder der FDP selbstverständlich und Teil ihres Alltags ist, gilt es hinauszutragen, gilt es darzustellen. Die FDP wird daher in den 14 Monaten bis zu den nationalen Wahlen in diversen Aktionen der Schweizer Bevölkerung aufzeigen, warum Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt unabdingbare Elemente für eine erfolgreiche Zukunft der Schweiz sind.

Ein erstes Zeichen ist der Tag der FDP. Gemeinsam mit Mitgliedern aller Kantone, aller Landes- und Sprachregionen verabschiedet die FDP in Zug ihre Zukunftsstrategie. Dies ist für die Partei der Auftakt zum Wahlkampf für 2015. Ganz ohne Polemik oder populistische Initiativen, sondern mit klaren Forderungen. Und der persönlichen Bereitschaft aller Freisinnigen, für das Wohl und die Zukunft dieses Landes einzustehen. Die Freiheit zu verteidigen, den Gemeinsinn zu leben und mit Fortschritt den Wohlstand von morgen zu ermöglichen.

Herzlichen Dank

Damit ein Anlass wie der Tag der FDP möglich wird, braucht es tatkräftige Helfer im Hintergrund. Ein besonderer Dank der nationalen Partei gilt daher dem Organisationskomitee um Hans Wickart der FDP Zug. Obwohl selber im kantonalen Wahlkampf engagiert, leisteten die Mitglieder der Zuger Parteileitung, Hans Wickart, OK-Präsident, Jürg Strub, Parteipräsident, Ueli Bollmann, Wahlkampfleiter und Birgitt Siegrist, Geschäftsführerin, einen riesigen Einsatz. Ohne ihre Hilfe, ihre Kenntnisse und ihre Vermittlung wäre der Anlass in dieser Form nicht durchführbar gewesen.

An unseren Werten festhalten

Die Schweiz: Einzigartig und eine Chance für die Welt

Gegenseitiger Respekt und Offenheit sind Werte, die die Schweiz stark gemacht haben. Diese Werte erlauben es heute unserem Land, seine Interessen zu verteidigen, international eine Rolle zu spielen und mit seiner Unabhängigkeit einen wertvollen Beitrag zur Staatengemeinschaft zu leisten.

Liebe Parteifreunde

In den letzten Monaten haben unvorhergesehene Entwicklungen das Weltgeschehen entscheidend geprägt: Krisen und bewaffnete Konflikte in Europa, im Nahen Osten, in Afrika und im Maghreb stürzen ganze Regionen in Gewalt und Elend und zerstören Leben und Schicksale. Ein stummer Zeuge dieser Entwicklung ist die Flüchtlingsstatistik: Die weltweite Anzahl Flüchtlinge, Asylsuchende und intern vertriebener Frauen, Männer und Kinder hat im Juni dieses Jahres den höchsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg erreicht. Dies ist gleichzeitig ein trauriger Rekord, aber auch ein Ansporn, uns weiter und stärker auf internationaler Ebene zu betätigen.

Die Schweiz verfügt über Stärken und Einzigartigkeiten, die sie gross gemacht haben. Diese Eigenschaften sind auch eine Chance für die Welt. Hundert Jahre nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs leben wir hier in Frieden. Wir verdanken dies zu einem grossen Teil unserer politischen Kultur, die den gegenseitigen Respekt in den Mittelpunkt stellt: der Respekt vor Minderheiten und der Respekt anderer Meinungen. Diese Werte sind ein fester Teil unserer nationalen DNA: Sie sind tief in unserer Geschichte verankert und in unserer Verfassung festgeschrieben. Doch sie sind weder einfach so da, noch sind sie für alle Zeiten gegeben. Wir müssen ständig an ihnen arbeiten und sie unterhalten. Respekt bedeutet, aufeinander zuzugehen und immer wieder Brücken zu bauen.

Denn mit Brücken lassen sich nicht nur Schluchten und Gräben überwinden, sondern Brücken verbinden auch Menschen – und sichern so den Zusammenhalt der Schweiz.

Brücken bauen – genau dies macht auch die Schweiz auf internationaler Ebene. Dies ist das Ziel der diesjährigen OSZE-Präsidentschaft der Schweiz. In der Ukraine versuchen wir so, einen Beitrag zur Konfliktlösung zu leisten. Wir bauen überall dort Brücken, wo unsere Unabhängigkeit und unsere Expertise gefragt sind und wo uns diese Eigenschaften Glaubwürdigkeit verleihen. Denn unsere Stärke und unser Wohlstand bedeutet Verantwortung; Verantwortung, damit die Welt, in der wir stark geworden sind, auch für künftige Generationen erhalten bleibt und besser wird.

Dieses Engagement entspricht unseren Interessen und unseren Werten: Nur in einer Weltordnung, in der Recht mehr wert ist als Macht, können wir eigenständig bleiben und als Staat souverän unseren Weg gehen.

Souveränität und Offenheit. Das ist der Weg der Schweiz. Isolation ist dagegen keine Option. Mit Blick auf Europa bedeutet dies, dass wir den Volksentscheid vom 9. Februar umzusetzen und die Einwanderung besser zu steuern haben. Das ist der Wille der Mehrheit der Bevölkerung. Gleichzeitig müssen wir den bilateralen Weg sichern. Diesen Weg hat der Souverän mehrmals bestätigt. Damit die Schweiz den besten Weg für die Zukunft einschlagen kann – einen Weg des Wohlstands und der Unabhängigkeit –, müssen wir in erster Linie Ruhe

bewahren, Ausdauer haben und Mut zeigen. Der Weg wird lang und steinig werden. Der Bundesrat setzt sich mit aller Kraft für eine umfassende Lösung ein: Zum einen muss der Wille der Bevölkerung nach einer besseren Steuerung der Einwanderung umgesetzt werden. Zum anderen müssen wir eine echte Zukunftsperspektive für den bilateralen Weg finden. Dies führt über ein institutionelles Abkommen mit der EU, das festlegt, wie wir unsere Beziehungen weiterentwickeln wollen. Ein institutionelles Abkommen, das mit der EU abgeschlossen wird, das aber gleichzeitig die Schweizer Institutionen bewahrt und respektiert. Nur so dient es den Interessen unseres Landes.

Indem wir für eine offene und souveräne Schweiz eintreten, stärken wir auch global die Position unseres Landes: Nur eine offene Weltordnung erlaubt es uns, weiterhin in Wohlstand und Sicherheit zu leben. Vom liberalen Wirtschaftswissenschaftler Frédéric Bastiat stammen die Worte: «Wenn Waren nicht Grenzen überqueren, dann werden es Soldaten tun.» Deshalb ist unser Engagement für eine bessere und offenere Welt in unserem ureigenen Interesse.

Besinnen wir uns auf unsere einzigartigen Stärken und bauen wir sie weiter aus! Sie sind eine Chance für unser Land, für unsere Kinder und für ihre Nachfahren. Und sie sind eine Chance für die Welt.



Bundespräsident Didier Burkhalter

Ihr Bundespräsident
Didier Burkhalter

Stärkste Partei

43 Gestalterinnen und Gestalter in den Kantonen

Mit 43 Vertreterinnen und Vertretern ist die FDP klar die dominierende Kraft in den kantonalen Exekutiven. In den Kantonen Appenzell Ausserrhoden und Nidwalden stellt sie dabei sogar die Mehrheit im Regierungsrat.

Ein Blick in die Statistik zeigt ganz klar: Die FDP ist nicht nur die Partei mit den meisten Regierungsräten, sondern auch die Partei, welche in den meisten Kantonen Vertreter stellt. Ein weiteres klares Zeichen, dass die FDP die Schweiz prägt. Nur gerade in den Kantonen Appenzell Innerrhoden und dem Wallis ist die FDP aktuell nicht in der kantonalen Regierung vertreten.

Die CVP, welche die zweitmeisten Regierungsräte stellt, hat schon in sechs Kantonen keinen Einsitz in der Regierung. Bei den Polparteien oder den neuen Parteien sieht die Situation noch viel prekärer aus.



BILD: DANIEL DESBOROUGH © KANTON AARGAU

Starke Köpfe

43 starke, engagierte und mutige FDP-Regierungsrätinnen und -Regierungsräte setzen sich tagtäglich und weit über die normalen Arbeitszeiten hinaus für die Kantone in der Schweiz ein. Sie sind die Aushängeschilder der Partei auf kantonalen Stufe.

Die starke Vertretung der FDP ist ein klarer Beweis, dass die Bevölkerung grosses Vertrauen in die liberalen Denkerinnen und Denker hat. In Exekutivwahlen, welche im Majorzsystem absolviert werden, gelingt es den charakterstarken Persönlichkeiten der FDP über die Parteigrenzen hinweg zu überzeugen. Die Bevölkerung scheint sich bewusst zu sein, dass es in der Regierung Menschen braucht, die anpacken und Lösungen suchen und umsetzen. Dafür stehen die FDP-Regierungsräte in allen Kantonen. Beim Anteil der Frauen in den kantonalen Regierungen steht die FDP an zweiter Stelle.

Zusammenarbeit stärken

Einmal im Jahr treffen sich die nationale Parteispitze und die Regierungsräte zum gegenseitigen Austausch.

Diese Treffen unterstützen die Zusammenarbeit, welche in den Fachkommissionen, bei Vernehmlassungsantworten und in Abstimmungskampagnen sehr gut vonstatten geht.

Die unterschiedlichen Blickwinkel von nationaler und kantonalen Ebene weiten für beide Seiten den Blickwinkel und fördern eine optimale Arbeit zum Wohle der Schweiz. Auf das spezifische Fachwissen der Regierungsrätinnen und Regierungsräte greift die nationale Partei sehr gerne zurück.

Die Austauschtreffen sind aber auch bei den Regierungsvertretern und Vertreterinnen gern gesehene Möglichkeiten, um die interkantonale Zusammenarbeit zu stärken und neue Kontakte auch zu anderen Departementen zu nutzen.

Liberales Vorreiter

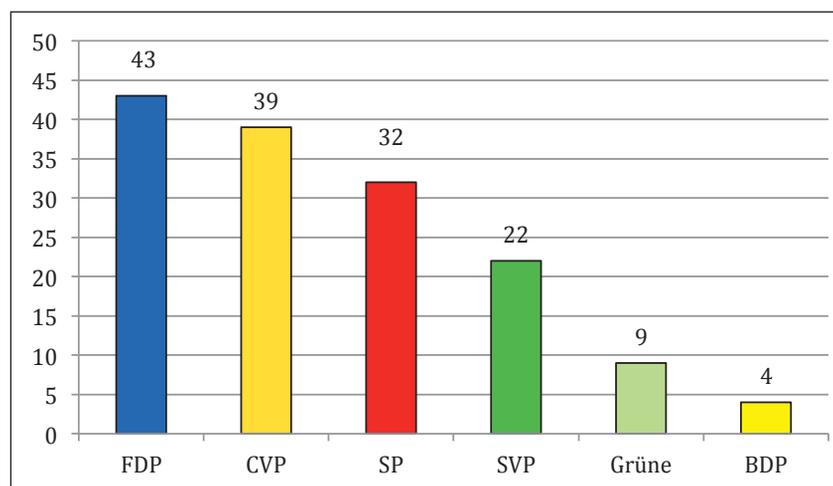
Eine besondere Vorreiterrolle nimmt der Kanton Appenzell Ausserrhoden ein. Von sieben Regierungssitzen besetzt die FDP deren fünf. Dass auch die beiden nationalen Vertreter aus den Reihen der FDP stammen, sei hier nur am Rande erwähnt.

Auch in der Waadt arbeiten gleich drei freisinnig-liberale Regierungsräte im Siebnergremium mit. Angesichts der Tatsache, dass die anderen vier Sitze von linker Seite besetzt werden, kommt den liberalen Stimmen umso mehr Gewicht zu.

Auch in den Parlamenten an der Spitze

Mit 532 Vertreterinnen und Vertretern in den kantonalen Parlamenten nimmt die FDP auch in der Legislative eine Spitzenposition ein. Ausser im Kanton Appenzell Innerrhoden leisten die FDP-Mandats-träger auch in den Parlamenten unverzichtbare Arbeit für das Erfolgsmodell Schweiz.

Anzahl Regierungsräte



Klare Verhältnisse: Die FDP (inkl. einem Regierungsrat der Liberalen in der Stadt Basel) stellt klar am meisten Regierungsräte. Die 43 Regierungsräte verteilen sich auf 24 Kantone, und auch damit nimmt die Partei den klaren Spitzenplatz ein.

Linke Utopien

Lösungsvorschläge, die keine sind

18,7 Prozent beträgt der Wähleranteil der Sozialdemokraten. Trotzdem halten sie uns mit ihren Volksinitiativen auf Trab. Die verheerenden Eingriffe in den freien Arbeitsmarkt wie die 1:12- oder die Mindestlohn-Initiative scheiterten zwar klar an der Urne, die nächsten Umverteilungsideen liegen aber bereits auf dem Tisch.

**Thomas Hefti,
Ständerat Glarus**

Das Ergebnis vom 18. Mai war eindeutig: 76,3 Prozent lehnten die Mindestlohn-Initiative ab. Einmal mehr sagte das Volk deutlich, dass es von übertriebenen staatlichen Eingriffen nichts hält. Der FDP gelang es zusammen mit den anderen bürgerlichen Parteien das Volk zu überzeugen, dass Wohlstand nicht durch Lohndiktat und Umverteilung zu Stande kommt, sondern durch unser freiheitliches Wirtschaftssystem. Die Linke musste eine empfindliche Niederlage einstecken, und nichtsdestotrotz arbeiten sie weiter fleissig daran, unser funktionierendes System grundlegend umzukrempeln.

Utopische AHVplus-Initiative

Der Gewerkschaftsbund hat mit Hilfe der SP eine Initiative eingereicht, die unsere AHV-Renten um 10 Prozent erhöhen will. Dies ist tatsächlich der ganze Inhalt der Initiative! Sie reiben sich die Augen, ich auch. Kein Wort verlieren die Initianten darüber, woher dieses Geld kommen soll. Liest man das Argumentarium genauer, so folgt einfach, dass die AHV finanziell auf einem soliden Fundament stehe und dass die Schweiz sich diese Mehrausgaben doch problemlos leisten könne. Diese Haltung ist realitätsfremd und blendet völlig aus, wie unser Wohlstand zu Stande kommt. Der Reichtum der Schweiz ist nicht naturgegeben, sondern das Ergebnis harter Arbeit.

Finanzierung mittels Umverteilung

Die 10 Prozent Erhöhung der AHV-Renten würden 3,6 Milliarden Franken kosten, geben die Initianten immerhin noch zu. Und einen Lösungsansatz präsentieren sie ebenfalls, auch



«Wir brauchen umsetzbare Lösungsvorschläge, keine Utopien», Thomas Hefti, Ständerat.

wenn dieser sehr ideologisch daherkommt und linkem Wunschenken

entspricht. Die Annahme der Erbschaftssteuer-Initiative würde doch

immerhin zusätzlich 2 bis 3 Millionen Franken in die Bundeskassen spülen.

Erbschaftssteuerinitiative ist klar abzulehnen

Die Volksinitiative «Millionenerbschaften besteuern für unsere AHV» will Erbschaften von über 2 Millionen und Schenkungen von über 20 000 Franken mit einem Steuersatz von 20 Prozent belegen. Die entsprechende Kompetenz würde den Kantonen entzogen. Nur schon deshalb ist diese Initiative klar abzulehnen. Sie greift massiv in die Steuerhoheit und ins Steuersubstrat der Kantone ein. Zudem ist bereits heute die Steuerlast auf Vermögen in der Schweiz gross. Mit einer Erbschaftssteuer würde diese nochmals erhöht. Weiter stellen die Initianten unsere Unternehmen vor grosse Schwierigkeiten, gefährden einmal mehr Tausende von Arbeitsplätzen und unseren gesunden Mittelstand. Die familieninterne Nachfolgeplanung von Unternehmen wird quasi verunmöglicht, und der Fortbestand dieser wird gefährdet.

Nachhaltige Lösungen zur Sicherung der AHV notwendig

Es besteht Handlungsbedarf bei der Altersvorsorge. Die sozialdemokratischen Vorschläge sind für mich nicht tragbar. Vielmehr braucht es eine sachliche Diskussion, wie unsere AHV reformiert werden kann. Die Angleichung des Rentenalters von Männern und Frauen entspricht dem Gleichheitsgebot, und eine Flexibilisierung des Rentenalters ist eine zweckmässige Lösung, welche dem immer Älterwerden der Bevölkerung Rechnung trägt. Was es zu vermeiden gilt, ist eine Senkung der Renten. Immerhin in diesem Punkt bin ich mit den Genossen und Genossinnen einig.

Gefährliche Volksinitiative

Von einem Extrem ins andere: das schwindelerregende Ausmass von Ecopop

Was ergibt es, wenn man extremstes Gedankengut von rechts mit ökologischem Wahn paart? Eine Initiative, zustande gebracht vom schweizerischen Umweltverein Ecopop. Mit extremen Forderungen von nie dagewesenem Ausmass versuchen diese Öko-Fundis ihre wirren Vorstellungen einer missratenen Utopie durchzuboxen. Ohne Rücksicht auf Verluste!

**Walter Müller,
Nationalrat St. Gallen**

Der Verein «Ecopop» setzt sich nach eigenen Aussagen mit der Problematik der drohenden Überbevölkerung auseinander und der damit verbundenen Begrenzung der natürlichen Ressourcen auf der Erde. Das Initiativkomitee setzt sich vor allem aus Wissenschaftlern aus dem Naturwissenschaftlichen Bereich zusammen, aber auch aus Wirtschaftlern und Gesellschaftswissenschaftlern. Zusätzlich sitzen dem Komitee Unternehmer und Umweltaktivisten bei.

Man wird den Verdacht nicht los, dass es den Initianten weniger um die Sorge der Umwelt geht, als eher um die Frage: Wie können sie am besten ihre Privilegien schützen und den andern Menschen absprechen, was sie selber grosszügig für sich beanspruchen. Diese Initiative strotzt von purem Egoismus und ist gefährlich.

Eine fast für ungültig erklärte Initiative

Die Initiative selber verlangt, dass in einem zusätzlichen Artikel 73a der Staat die Aufgabe erhält, die natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern. Dies soll durch eine Organisation der Landesbevölkerung gewährleistet werden. Den Initianten reicht dies jedoch nicht. Sie wollen auch die Bevölkerungsstruktur anderer Länder in unserer Verfassung regeln. Dies soll durch die Einflussnahme auf andere Regierungen mit Hilfe der Entwicklungszusammenarbeit erreicht werden. Zusätzlich soll die Familienplanung finanziell gefördert werden.

Lange war aber nicht einmal klar, ob die Gesetzesvorlage der Ecopop



Walter Müller, Nationalrat St. Gallen.

überhaupt zugelassen werden kann. Rechtsexperten des Bundes erklärten, dass die Initiative das Gebot der Einheit der Materie nicht erfüllt. Dennoch werden wir über diese Initiative am

kommenden 30. November abstimmen – zu Recht.

Eine klare Antwort an der Urne ist mehr Wert, als die Ungültigkeitserklärung.

Gefahr für unsere offene und wohlhabende Schweiz

Wie kann es nur sein, dass gerade die wohlhabende Schweiz immer wieder von extremen Initiativen heimgesucht wird? Beispiele gibt es in jüngster Zeit genügend. Vom bedingungslosen Einkommen, dem Griff ins Ersparte mit der Erbschaftssteuer bis hin zur schon fast rassistischen Ecopop-Initiative. Die Spitze wurde derweil mit den Durchsetzungs- resp. Nötigungsinitiativen erreicht. Der Grund wird wohl im zunehmenden Egoismus, dem Extremen oder Kompromisslosen liegen. Und dies, als ob dies die Schweiz bräuchte. Zu den Schweizer Grundwerten gehören diese jedenfalls sicher nicht.

Nun sind diverse dieser Initiativen zustande gekommen, doch Verantwortung übernehmen will niemand. Ausbaden dürfen es im Parlament jene, die seit jeher mit Kräften für eine wirtschaftlich starke offene und tolerante Schweiz kämpfen. Denn ohne unsere Offenheit, liberale Grundhaltung, unsere Souveränität und Neutralität wäre unser Land nie so weit gekommen. Und dennoch. Eine Initiative nach der anderen rüttelt an unserem vergänglichen Fundament.

Und die Ecopop-Initiative treibt es auf die Spitze des Extremen. Denn würde deren Artikel 73a in die Verfassung aufgenommen, würde sogar die Möglichkeit, seinen ausländischen Partner zu heiraten, begrenzt und die Rückwanderung von ausgewanderten Schweizer Bürgern beschränkt werden! Diese extreme Initiative braucht eine klare Absage an der Urne. Das Erfolgsmodell Schweiz braucht den Geist von uns Freisinnigen – Die Liberalen!

Kosten der «Altersvorsorge 2020»

Magie oder reine Taktik?

Am 20. November 2013 hatte der Bundesrat den Vorentwurf zu einer sehr teuren und einseitigen Reform der Altersvorsorge vorgestellt. 9,5 Milliarden Franken Mehreinnahmen stehen gerade mal einer knappen Milliarde Franken Einsparungen gegenüber, um AHV und BVG zu stabilisieren. Welche Kosten und genauen Folgen dadurch für die Volkswirtschaft entstehen, hatte der Bundesrat zum Zeitpunkt der Vernehmlassung nur rudimentär abgeklärt.

Bruno Pezzatti,
Nationalrat ZG

Der Renteneintritt der Baby-Boom-Generation, eine sinkende Geburtenrate und anhaltend tiefe Zinsen erzwingen eine Reform der Altersvorsorge. Das Reformpaket des Bundesrates «Altersvorsorge 2020» sieht dafür hauptsächlich einnahmeseitige Massnahmen vor: 9,5 Milliarden Franken Mehreinnahmen stehen gerade mal einer knappen Milliarde Franken Einsparungen gegenüber. Neben der Tatsache, dass Alain Berset die Sozialwerke hauptsächlich über das Portemonnaie der Bürger sanieren will, scheint die Grundlagenarbeit vor der Lancierung der Reform vernachlässigt worden zu sein.

Grundlagenarbeit nicht gemacht?

Als Grundlage für die Reform der Altersvorsorge wurde zwar eine ganze Reihe von Forschungsaufträgen ausgeschrieben, doch deren Fristen führen unweigerlich zur Frage, wie die Erkenntnisse der Studie überhaupt in die Reform einfließen können. Die Einreichfrist der meisten Studien lag entweder nach der Eröffnung der Vernehmlassung oder sogar spät in der zweiten Hälfte 2014 (siehe Box). Welchen Nutzen können Forschungsaufträge haben, deren Frist nach Ende der Vernehmlassung abläuft? Gerade bei einer so umfangreichen Vorlage sollte die Vernehmlassung doch erst durchgeführt werden, wenn die Grundlagen vorliegen? Ohne diese Erkenntnisse kann über die Folgen für die Schweiz nur spekuliert werden. Das wäre allerdings eine kostspielige Spekulation, denn die Kosten der Studien belaufen sich auf nicht weniger als 800 000 Schweizer Franken.

Ist es Magie und Bundesrat Berset zaubert noch die Finanzierung der Altersreform 2020 aus dem Hut?



Magie in der Sozialpolitik

Für die definitive Botschaft hält der Bundesrat trotz Kritik von allen Seiten fast vollständig an Alain Bersets Plänen fest. Eine Anpassung betrifft jedoch die Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung der AHV. Neu soll die Erhöhung 1,5 Prozent nicht übersteigen. Bundesrat Berset hatte zuvor unermüdlich betont, dass 2 Prozent Mehrwertsteuer für die AHV unumgänglich seien. Weshalb die AHV plötzlich mit einem Viertel weniger auskommen soll, hat der Bundesrat in seiner knappen Medienmitteilung nicht begründet. Es stellt sich die Frage, mit welcher Magie unser Sozialminister diese Finanzierungslücke ohne Kompensation wettmachen will.

Oder doch nur Taktik?

Aus den ungenügenden wissenschaftlichen Abklärungen und ersatzlosen

hier bei der 2-Prozent-Forderung um reine Taktik handelte. Doch auch so bleibt die Reform sehr teuer. Eine generelle Erhöhung des Referenzalters um ein oder zwei Jahre (über 12 Jahre verteilt) hätte nämlich geringere Auswirkungen auf die Volkswirtschaft als die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer. Bereits mit dieser Massnahme könnte die Zusatzfinanzierung durch die Mehrwertsteuer um 0,7 beziehungsweise 1,4 Prozent gesenkt werden. Zusätzlich würde die Erhöhung des Referenzalters eine Anpassung des Umwandlungssatzes ermöglichen. Bei einer Erhöhung um ein Jahr könnte er 6,15 Prozent betragen, bei einer Erhöhung um zwei Jahre 6,3 Prozent. Mit dieser Massnahme könnte das schlechte Einnahme-Kosten-Verhältnis von 9:1 vermindert werden und eine nachhaltige Finanzierung der Sozialwerke ins Zentrum gestellt werden.

Reduktion der Mehrwertsteuererhöhung lässt sich schliessen, dass es sich

Vernehmlassungsverfahren eröffnet am: 20. November 2013

Frist abgelaufen am: 31. März 2014

1. Gutachten über die Mindestquote. Frist: April 2014;
2. Langfristige Renditeerwartungen auf Vermögen von Vorsorgeeinrichtungen der 2. Säule. Frist: Ende Juli 2014;
3. Verwaltungskosten der Lebensversicherer im Bereich der 2. Säule. Frist: Ende Juli 2014.

Forschungsaufträge, welche aufgrund der Frist kaum in die Botschaft (November) einfließen können:

1. Umverteilungseffekte in der beruflichen Vorsorge (Machbarkeitsstudie). Frist: Ende Oktober 2013;
2. Auswirkungen der Reform der Altersvorsorge 2020 auf die Lohnkosten, das Nettoeinkommen und die Beschäftigung. Frist: September 2014;
3. Auswirkungen von IAS 19 auf die berufliche Vorsorge. Frist: Ende November 2014;
4. Analyse der theoretischen und technischen Verluste auf Altersleistungen der beruflichen Vorsorge. Frist: Ende November 2014.

Pauschalbesteuerung

Christian, du irrst dich

Die Linke will mit radikalen Rezepten die liberale Wirtschaftsordnung umkrempeln. Damit schadet sie dem attraktiven Wirtschaftsstandort Schweiz. Denn dieser verliert dadurch seine Rechts- und Planungssicherheit. Stattdessen müssen die bereits jetzt guten Rahmenbedingungen weiter verbessert werden.

Philipp Müller,
Parteipräsident, Nationalrat AG

Die Schweizer Volkswirtschaft steht mit beiden Füßen fest auf dem Boden: Die hohe Rechts- und Planungssicherheit sowie auch unsere gute Positionierung innerhalb des internationalen Steuerumfeldes machen unser Land zu einem attraktiven Standort für internationale Unternehmen und global mobile Privathaushalte. Das ermöglicht der Schweiz zusätzliche Einnahmen, schafft Arbeitsplätze und damit Wohlstand für alle.

Gute Rahmenbedingungen für Unternehmen stärken

Diese Standortvorteile gilt es zu erhalten. Hierbei spielt die dritte Reform der Unternehmenssteuer (USR III) eine besonders wichtige Rolle. Rund die Hälfte der Gewinnsteuereinnahmen des Bundes und Hunderttausende Arbeitsplätze hängen von den steuerlich gesondert behandelten Gesellschaften ab. Um weiterhin als Standort attraktiv zu bleiben, braucht es deshalb neue konkurrenzfähige und gezielte Besteuerungsmöglichkeiten für mobile Erträge von internationalen Unternehmen sowie tiefere Steuersätze für Lizenzeinnahmen. Gleichzeitig muss die Steuerlast durch die Abschaffung der unsinnigen Stempelsteuer gesenkt werden.

Keine Abschaffung der Pauschalbesteuerung

Die Pauschalbesteuerung leistet einen weiteren wichtigen Beitrag zur Attraktivität des Standorts Schweiz für mobile und vermögende ausländische Staatsangehörige. Der Zuzug dieser Personen schafft und erhält Tausende von Stellen in einer Vielzahl von Branchen, wie dem Baugewerbe und



Es gilt, die guten Rahmenbedingungen der Schweiz gegen linke Rezepte zu verteidigen – damit unserem Land eine erfolgreiche Zukunft bevorsteht.

dem Dienstleistungsbereich, und generiert jährliche Steuereinnahmen von rund 700 Millionen Franken.

Für strukturschwache Kantone sind diese Einnahmen überlebenswichtig. Die von den Linken geforderte bundesweite Abschaffung der Pauschalbesteuerung wäre deshalb ein verlustreicher Eingriff in die Steuerhoheit dieser Kantone. Zudem, wenn wir diese Personen vertreiben, werden sie mit Handkuss in anderen Staaten aufgenommen und dort pauschal besteuert.

Erbschaftssteuer schadet den KMU und dem Mittelstand

Doch nicht nur auf die internationalen Steuerzahler haben es die Linken ab-

gesehen. Sie möchten mit der bundesweiten Einführung einer Erbschaftssteuer von 20 Prozent auf Vermögen von mehr als 2 Millionen Franken für direkte Nachkommen auch unseren heimischen Bürgerinnen und Bürgern das Leben schwermachen. So edel ihre Forderung nach gerechter Verteilung auch sein mag, sie ist kurzfristig und greift den Mittelstand und die KMU an. Denn die Mehrheit der Vermögen über 2 Millionen Franken stecken in Liegenschaften und Unternehmen und nicht in Barvermögen. Bereits jetzt stehen Hedge-Fonds in den Startlöchern, um zahlungsunfähigen Erben ihre Firmen abzukaufen, damit Letztere ihre Steuerschulden begleichen können!

Linke Rezepte sind untauglich

Die linken Vorschläge sind radikal und nicht durchdacht – es fehlt ihnen an Weitsicht für eine auch weiterhin prosperierende Schweiz. Sämtliche Angriffe auf unsere liberale Wirtschaftsordnung – von «1:12» über den Mindestlohn bis hin zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung und zur Einführung der Erbschaftssteuer – rütteln an der langfristigen Planungs- und Rechtssicherheit für unsere eigenen Bürgerinnen und Bürger und für die internationalen Akteure. Statt Umverteilung erreichen diese nur eines: Wertvernichtung mit einer einzigen Konsequenz: dass am Ende nichts mehr da ist, das umverteilt werden könnte.

Völkerrecht vor Landesrecht

Die Schweiz muss ein berechenbarer Partner bleiben

Die SVP hat vor einigen Tagen eine neue Initiative angekündigt. Auf radikale Weise verlangt sie, dass in jedem Fall und absolut das Landesrecht vor dem Völkerrecht stehen soll. Diese Initiative tönt einmal mehr verführerisch. Landesrecht vor Völkerrecht: Wer ist da schon dagegen? Doch sie ist brandgefährlich für unser Land. Es ist – wie so oft bei Volksinitiativen – nicht drin, was draufsteht.

**Philipp Müller,
Nationalrat AG**

Das Völkerrecht ist eine bedeutende Errungenschaft der internationalen Gemeinschaft und erfüllt einen wichtigen Zweck: Es zeichnet die Grundregeln der internationalen Zusammenarbeit auf. Ohne dieses würde das Faustrecht zwischen den Staaten drohen. Das Völkerrecht schützt gerade kleine Länder wie die Schweiz vor der Willkür von Grossmächten. Es ermöglicht auch der Schweiz, ihre Interessen in einem rechtlichen Rahmen durchzusetzen.

Die Schweiz: ein unberechenbarer Vertragspartner

Als kleiner souveräner Staat sind wir auf gute Zusammenarbeit mit unseren internationalen Partnern angewiesen. Dies gilt für die Schweiz als Exportnation vor allem im wirtschaftlichen Bereich, wie beispielsweise bei den Freihandels- und Doppelbesteuerungsabkommen. Unser Ansehen als verlässlicher Vertragspartner würde arg in Mitleidenschaft gezogen. Und dieses ist für unser Land essenziell. Jeder Handelspartner würde es sich gut überlegen, ob er mit uns Geschäfte machen will oder nicht. Dabei geht es um Tausende von Arbeitsplätzen und damit auch den Wohlstand unseres Landes.

Die Initiative stellt aber auch die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) in Frage. Diese ist absolut essenziell für die Schweiz. Sie schützt jeden einzelnen Bürger vor staatlicher Willkür. Und sie schützt die Minderheiten. Für die vielsprachige Schweiz mit ihren zahlreichen Minderheiten ist das von herausragender Bedeutung.

Nun versuchen die Initianten dennoch die Idee durchzusetzen, dass das nationale Recht in jedem Fall und absolut über dem Völkerrecht steht, wenn es zum Landesrecht einen Widerspruch gibt. Wenn die Schweiz nun aber weiter exportieren will, ist sie auf die entsprechenden Staatsverträge angewiesen – ohne diese bei jeder Änderung des Schweizer Rechts wieder in Frage zu stellen.

Wichtige Hierarchie zwischen Landes- und Völkerrecht

Auch wir sind auch nicht immer glücklich mit den Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes für Men-

schenrechte. So wie wir auch nicht immer glücklich sind mit Entscheidungen des Bundesgerichts. Das ist aber in einer Demokratie mit dem Prinzip der Gewaltentrennung zu akzeptieren.

Daher wollen wir eine klare Rangordnung zwischen einzelnen völkerrechtlichen Bestimmungen. Ein Chriesi-Liefervertrag ist nun mal nicht gleich wichtig wie ein Doppelbesteuerungsabkommen. Da braucht es eine klare Hierarchie, die wir heute zu wenig haben. Völkerrechtliche Verträge, welche dieselbe Bedeutung haben wie eine Verfassungsbestimmung, sollen obligatorisch dem Volk vorgelegt werden.

In diesem Sinne hat die FDP letztes Jahr ein Postulat eingereicht. Wir sind der Überzeugung, dass nur konstruktive Lösungen unser Land weiter bringen, denn diese haben der Schweiz Erfolg und Wohlstand gebracht. Sie ermöglichen unserem an natürlichen Ressourcen armen Land ihre innovativen Ideen zu verwirklichen und sie zu exportieren.

Folglich treten wir jeglicher Oppositions- und Obstruktionspolitik entschieden entgegen. Initiativen, die spektakulär daherkommen, aber keine Probleme lösen, sondern weitere verursachen, verdienen ein klares NEIN.



Mit viel Überzeugungskraft setzt sich Philipp Müller dafür ein, dass die Schweiz ein berechenbarer Vertragspartner bleibt.

Spekulationsstopp-Initiative

Initiative der JUSO schwächt den Wirtschaftsstandort Schweiz

Nach der 1:12-Initiative, welche an der Urne deutlich abgelehnt wurde, reichte die JUSO im vergangenen März bereits die nächste wirtschaftsfeindliche Volksinitiative ein. Zusammen mit den Hilfswerken Swissaid und Solidar Suisse verlangen die Jungsozialisten Massnahmen gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln. Ein solches Verbot vernichtet Arbeitsplätze, führt zu Steuerausfällen und gibt dem Staat die Möglichkeit, sich ein weiteres Mal in den freien Markt einzumischen!

Petra Gössi,
Nationalrätin, Schwyz

Die Spekulationsstopp-Initiative der JUSO will, dass es Banken, Versicherungen, Fonds oder Pensionskassen künftig verboten ist, in Finanzinstrumente zu investieren, welche sich auf Agrarrohstoffe und Nahrungsmittel beziehen. Verträge mit Produzenten und Händlern von Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln über die terminliche oder preisliche Absicherung bestimmter Liefermengen sollen jedoch weiterhin möglich sein.

Keine neue Staatsintervention

Überflüssige und ungerechtfertigte Interventionen des Staates in einen freien und funktionierenden Markt müssen verhindert werden, um unbeabsichtigte Nebenwirkungen, wie beispielsweise die Erhöhung der Volatilität, zu verhindern. Das neue Verbot der Jungsozialisten riskiert, dass sich Firmen aus der Schweiz zurückziehen und ihren Hauptsitz ins Ausland verlagern. Das dürfen wir nicht zulassen! Eine Abwanderung von grossen und umsatzstarken Unternehmen gefährdet Arbeitsplätze, führt zu Steueraus-

fällen und wirkt sich negativ auf den Wohlstand und die Prosperität unseres Landes aus.

Die Initiative fordert auch, dass sich der Bund auf internationaler Ebene dafür einsetzt, die Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln weltweit zu bekämpfen. Das kann nicht die Aufgabe einer wirtschaftsliberalen Schweiz sein! Besser sollte sich unser Land in der WTO dafür stark machen, dass Exportbeschränkungen und -zölle aufgehoben werden. Dadurch erhöht sich die Menge an gehandelten Agrarrohstoffen, wodurch der Markt besser funktioniert. Auch können einzelne Marktteilnehmer die Preisgestaltung in einem globalen Markt ohne staatliche Handelshemmnisse weniger beeinflussen.

Wissenschaft widerspricht Initianten

Die empirische Evidenz für die These, dass Nahrungsmittelpreise durch Spekulationen in die Höhe getrieben werden, ist äusserst dünn. Eine Auswertung von 35 unterschiedlichen Forschungsarbeiten kam zum Schluss, dass die Spekulation den Handel mit Agrarrohstoffen nicht beeinträchtigt – der zivilgesellschaftliche Alarm zur Finanzmarktspekulation ist ein Fehlalarm! Wie alle anderen Waren und Güter sind auch Nahrungsmittel dem Markt ausgesetzt. Dieser ist schlussfolgernd für zwischenzeitliche Preiserhöhungen verantwortlich. Preise steigen, weil die Nachfrage nach einem Gut steigt und das Angebot unter anderem durch Klimaereignisse, Kriege und staatlichen Protektionismus verknappt wird.



«Für den Schweizer Wirtschaftsstandort müssen im internationalen Wettbewerb gleich lange Spiesse gelten!», sagt die Schwyzer Nationalrätin Petra Gössi.

Keine Schwächung des Wirtschaftsstandorts

In der Schweiz ansässige Unternehmen sollen ihre Verantwortung im Rahmen global gültiger Standards eigenverantwortlich wahrnehmen. Die Einführung von verschärften Vorschriften für die hiesigen Firmen ist verfehlt: Im hart umkämpften internationalen Standortwettbewerb leiden die Unternehmen bereits unter Rechts- und Planungsunsicherheit. Umso mehr müssen für den Schweizer Wirtschaftsstandort im internationalen Wettbewerb gleich lange Spiesse gelten!

Kämpfen wir weiterhin gemeinsam für eine wirtschaftsliberale Schweiz und gegen sinnlose Regulierungen, unnötige Gesetze und wohlstandsvernichtenden Interventionismus.



Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln klingt vernünftig – die Initiative ist aber gefährlich.

E-Voting

Online gewinnt man Wahlen

Informationstechnologie und soziale Medien standen im Mittelpunkt der Diskussionen des 92. Auslandschweizerkongresses, der vom 15. bis 17. August in Baden über die Bühne ging. Für die 732 000 Schweizerinnen und Schweizer im Ausland werden die neuen Informationstechnologien immer bedeutender, um sich über das Geschehen in der Schweiz zu informieren und ihre Bürgerrechte wahrzunehmen. Die FDP tut gut daran, online am Draht zu bleiben. Nur so kann sie auch die fünfte Schweiz für ihre Ideen gewinnen.

François Baur,
Präsident *FDP.Die Liberalen*
International

Dass die Schweizer international mobil sind, belegt allein die Tatsache, dass über 10 Prozent der Schweizer Bürgerinnen und Bürger mittlerweile im Ausland leben. Dennoch legen sie weiterhin Wert auf die Ausübung ihrer politischen Rechte in ihrem Heimatland. Von 732 000 im Ausland lebenden Schweizern sind 149 000 in einem Stimmregister eingetragen. Im Hinblick auf die anstehenden Parlamentswahlen ist dies ein nicht zu verachtendes Wählerpotenzial.

Die fünfte Schweiz liegt im www-Land

Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sind also zunehmend damit vertraut, ihre politischen Rechte mit Hilfe neuer Technologien auszuüben. Auch für die politische Information setzen immer mehr Schweizerinnen und Schweizer im Ausland auf das Internet und beileibe nicht nur die jüngere Generation. Praktisch die ganze berufliche und private Kommunikation wird heute über elektronische Hilfsmittel abgewickelt, insbesondere von Personen, die berufsbedingt oder aus familiären Gründen viele ihrer Kontakte über Landesgrenzen und Kontinente hinweg pflegen. Die Schweiz hat eine der höchsten Dichten von mobilen Kommunikationsgeräten.

Es ist deshalb klar, dass sowohl die Politik als auch die Verwaltung diesem Trend folgen oder besser noch, diesen antizipieren sollten. Die FDP hat dies früh erkannt und entsprechend in ihre politische Arbeit aufge-

nommen. So setzt sich insbesondere die FDP International seit Jahren für eine möglichst umfassende Einführung des vote électronique – ohne unnötige Bürokratie – ein und fordert auch einen konsequenten Ausbau des elektronischen Behördenverkehrs, gerade auch um den Abbau der konsularischen Dienste gerade in Europa ohne grössere Sicherheitsrisiken auszugleichen. Ausserdem beteiligt sich die FDP aktiv an der Schaffung der nötigen rechtlichen und institutionellen Grundlagen für die E-Government-Zusammenarbeit ab 2016.

Elektronische Kommunikationsmittel im Fokus

Damit die FDP ihre politischen Überzeugungen auch in Zukunft an die Frau und den Mann bringen kann, muss die Partei neue Wege gehen und sich stärker auf die elektronischen Kanäle fokussieren. Seit dem Wahlsieg von Barack Obama, der vornehmlich durch die Nutzung der sozialen Medien gelang, ist die Welt von Facebook und Twitter aus der Politik nicht mehr wegzudenken. Auch die FDP nutzt diese Foren fleissig. Aber das reicht nicht. Es muss ein neues Kommunika-

tionsverständnis geschaffen werden: Wir müssen mit unseren potenziellen Wählerinnen und Wählern ins Gespräch kommen. Sie müssen uns online sagen können, wo sie der Schuh drückt. Wir müssen unsere Ideen in der Online Community verankern und verbreitern. Das ist wahrlich kein einfaches Unterfangen und verlangt viel Engagement auf den Internetforen und Mail-Accounts. Doch, davon bin ich überzeugt, hier wird der nächste Wahlkampf gewonnen oder verloren. Und ich rechne fest damit, dass die FDP zu den Gewinnern zählen wird.



«Auch die fünfte Schweiz muss ihre Bürgerrechte wahrnehmen können», François Baur, Präsident *FDP.Die Liberalen International*.

Einheitskasse

«Wir wollen Eigenverantwortung und Bewegungsfreiheit, keine Verstaatlichung»

Am 28. September stimmt das Schweizer Stimmvolk über die SP-Initiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» ab. Im Gespräch mit dem «Freisinn» erklärt der Zürcher Gesundheitsdirektor Dr. Thomas Heiniger, weshalb eine Einheitskasse unser bewährtes Gesundheitssystem aufs Spiel setzt und uns die Wahlfreiheit raubt.

Herr Heiniger, die Initianten versprechen, dass mit der Einheitskasse die Prämien sinken. Dies wäre doch wünschenswert.

Es ist ein leeres Versprechen, denn dem behaupteten Sparpotenzial von drei Prozent der Gesundheitskosten stehen wesentlich höhere Umstellungskosten gegenüber. Zudem ist die Einheitskasse ein Experiment, das unser bewährtes Gesundheitssystem in seinen Grundfesten erschüttern würde. Der Systemwechsel zur Staatsmedizin ist kein Heilmittel.

Was ist denn am heutigen System besser?

Das Gesamtsystem «Gesundheitswesen» ist stark und entwicklungsfähig, wenn es austariert bleibt: Es braucht den Mix aus staatlicher Absicherung durch ein Versicherungsobligatorium, aus Eigenverantwortung und Wettbewerbselementen. Alle Erfahrungen zeigen, dass Wettbewerb und Freiheit – vorab die Wahlfreiheit der Versicherten – Effizienz, Kostenkontrolle und innovative Modelle unterstützen. Unser System baut auf privatwirtschaftliche Akteure. Das gilt nicht nur für die Leistungserbringer, sondern auch für die Krankenversicherungen. Aus diesem Wettbewerb heraus sind zum Beispiel die Managed-Care-Modelle entstanden.

Befürworter der Vorlage argumentieren aber auch, der Wettbewerb im Gesundheitswesen gefährde die Qualität.

Wie gesagt: Ich bin überzeugt, dass Wettbewerbselemente das Gesundheitssystem positiv beeinflussen, und zwar zu Gunsten von Prämienzahlern



«Wettbewerbselemente beeinflussen unser Gesundheitssystem positiv», so der Zürcher Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger.

und zu Gunsten von Patienten. Zudem gibt es überhaupt keine Gewissheit, dass die Einheitskasse positive Auswirkungen auf die Qualität im Gesundheitswesen hätte. Im Gegenteil: Ihre Einführung würde vor allem grosse Unsicherheit schaffen, und es wäre schlicht fahrlässig, dieser Vorlage zuzustimmen.

Sie haben Patienten und Prämienzahler erwähnt. Mit welchen Argumenten überzeugen Sie die Ärzte-

schaft, die Vorlage abzulehnen?

Ich frage zurück: Wieso sollte der freipraktizierende Arzt eine Staatsmedizin befürworten? Sie würde die Berufsausübung unmittelbar beeinflussen: Sobald Ärzte in ein monopolistisches System einbetoniert sind, tangiert das ihre Wahl- und Therapiefreiheit. Wenn ein Monopolist Leistungen und Tarife diktiert, wird der Arzt zum Staatsangestellten. In einem freiheitlichen System haben Ärzte dagegen auch unternehmerische Freiheit.

Ihre persönliche Zusammenfassung zum Schluss: Warum ist die Vorlage abzulehnen?

Nur in einem System, das den Versicherten eine Auswahl bietet, haben auch Patienten eine Wahl- und Entscheidungsfreiheit. Daran gilt es festzuhalten. Wir Schweizer und Schweizerinnen wollen Eigenverantwortung und Bewegungsfreiheit, wir lehnen Verstaatlichung ab. Darum gilt es auch, diese Vorlage abzulehnen.

Nein zur Einheitskasse

Die Fakten sprechen eine deutliche Sprache

Mit leeren Versprechen versuchen die Initianten uns die Einheitskasse schmackhaft zu machen. Lassen wir uns vom Ärger über Telefonwerbung und steigende Prämien nicht blenden, sondern werfen wir einen Blick auf die Fakten. Diese sagen erstens voraus, dass eine Einheitskasse kein Geld spart, zweitens die Wahlfreiheit auf dem Spiel steht und drittens die medizinische Qualität sinken würde.

Nein zu leeren Versprechen

■ Die Verwaltungskosten der Krankenversicherer (mit Werbekosten) betragen heute nur 5 Prozent der Gesamtkosten. Die Einheitskasse und deren Beamte haben keinerlei Anreize, diese so tief zu halten.

■ Alleine die Umstellungskosten vom heutigen System zu einer Einheitskasse würden 2 Milliarden Franken betragen. Und dies ohne Garantie, ein besseres System zu bekommen oder dass die Prämien tatsächlich sinken werden.

■ Heute werden über 60 Prozent der Versicherten, die sich für ein kostendämpfendes Hausarztmodell entscheiden, mit einem Prämienrabatt belohnt. Mit der Einheitskasse fallen diese – und auch Kinderrabatte – weg. Kostenbewusstes Verhalten bezahlt sich demnach nicht mehr aus.

■ **Abhängigkeit:** Die Möglichkeit des Kassenwechsels wird ausgeschlossen. Versicherte werden von Kunden zu Bittstellern.

■ **Bevormundung:** Der Blick ins benachbarte Ausland zeigt, dass Einheitskassen die freie Arztwahl einschränken und die Behandlung der Patienten diktieren.

■ **Einheitsprämie:** Die heutige Vielfalt an Prämienmodellen – die günstigere Kinder- und Jugendprämie sowie die Prämienrabatte auf Hausarztmodelle und Wahlfranchisen – fallen weg. In jedem Kanton wird eine einzige Prämie festgelegt.

Nein zum Abbau medizinischer Leistungen

■ Im Ausland wird die Schweiz um ihr Gesundheitssystem beneidet. Es ist ...

... **hervorragend:** Wir können heute alle auf eine qualitativ sehr gute medizinische Versorgung zählen, die von der Grundversicherung vergütet wird.

... **gerecht:** Alter und Einkommen spielen keine Rolle.

... **rasch:** Die Schweiz verfügt über den weltweit besten Zugang zur medizinischen Grundversorgung.

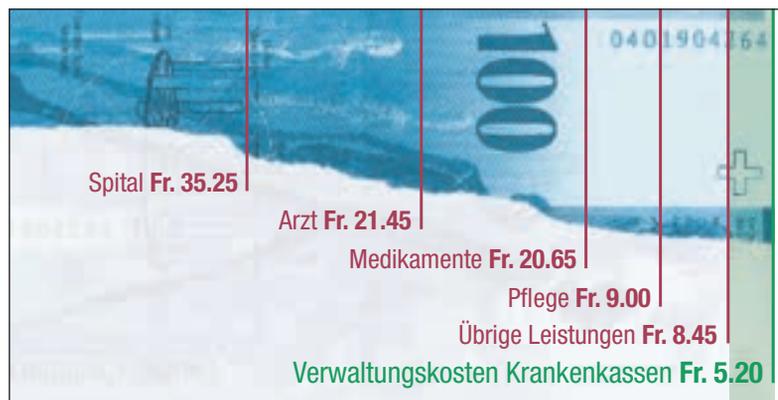
... **sozial:** Wer wenig oder kein Einkommen hat, erhält eine verbilligte Prämie.

Klarer Entscheid

Aus all diesen Gründen haben die Delegierten der FDP Ende Juni in Fribourg ganz klar die Nein-Parole zur Einführung einer Einheitskasse gefasst.

Auch der Bundesrat und ein breites Komitee der bürgerlichen Parteien lehnt diesen Eingriff in ein bewährtes System ab.

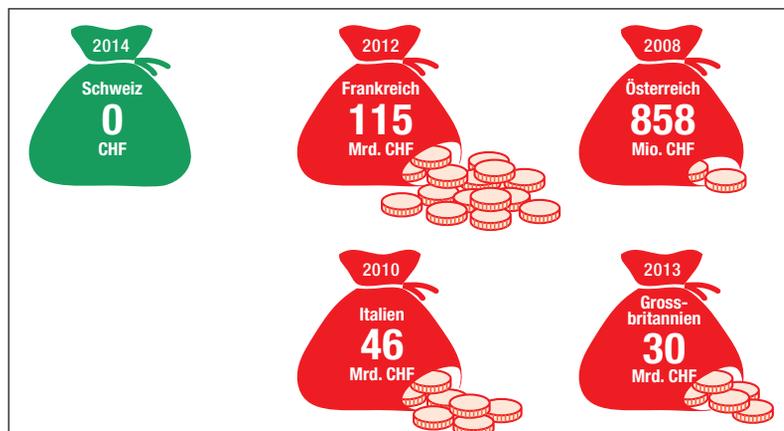
Von 100 Franken werden nur 5 Franken für Verwaltungskosten ausgegeben.



Nein zum Verlust der Wahlfreiheit

■ Zwang: Jedermann muss bei der einzigen Einheitskasse versichert sein und ist ihr wahllos ausgeliefert.

Staatliche Einheitskassen und Gesundheitssysteme sind im Gegensatz zur Schweiz hoch verschuldet.



Staatliche Einheitskassen und Gesundheitssysteme schränken die Wahlfreiheit ein.

	Schweiz	Frankreich	Österreich	Grossbritannien	Italien
Freie Wahl Hausarzt	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Freie Wahl Spezialist	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Freie Wahl Krankenkasse/Versicherungsmodell	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein

Nein zur Gastro-Initiative

«Keine Extrawurst bei der Mehrwertsteuer»

Am 28. September stimmt das Schweizer Volk über die Gastro-Initiative ab. Die Wirte fühlen sich gegenüber den Take-aways benachteiligt, weil im Restaurant der normale Mehrwertsteuersatz von 8 Prozent bezahlt werden muss und die Take-aways in den Genuss des reduzierten Mehrwertsteuersatzes von 2,5 Prozent kommen. Der Ausserrhoder Nationalrat Andrea Caroni erläutert im Gespräch mit dem «Freisinn», weshalb diese Initiative vorgibt, eine Ungerechtigkeit zu beseitigen, in Tat und Wahrheit aber einseitig ist und neue Ungerechtigkeiten schafft.

Herr Caroni, weshalb lehnen Sie die Gastro-Initiative ab?

Ein Restaurantbesuch ist nicht das Gleiche wie der Einkauf bei Take-away. Zusammen mit dem Restaurantbesuch erhält man diverse Zusatzleistungen. Man wird bedient, erhält einen Tisch samt Gedeck, kann die Toiletten benutzen oder die Zeitung lesen. Beim Take-away kriegt man nur das Essen – wie im Laden. Lebensmittel unterstehen aus sozialpolitischen Gründen dem reduzierten Satz; bei Restaurants mit all den Zusatzdienstleistungen ist das nicht angebracht.

Dennoch, die Gastro-Initiative wäre gut für die Gastronomie und den Tourismus?

Jede Steuersenkung ist angenehm für die glücklichen Entlasteten. Alle andern bezahlen aber die Zeche. Jemand muss für die fehlenden 750 Millionen Franken schliesslich aufkommen. Dazu müsste man z. B. den reduzierten Steuersatz von 2,5 auf 3,8 Prozent anheben. Das würde ausgerechnet Lebensmittel teurer machen, die man zu Hause isst, und damit v. a. Schlechterverdienende treffen. Der Branche nützt das übrigens nur wenig: Nur weil ein Mittagsmenü 40 Rappen billiger wird, kommt kein einziger Gast mehr.

Die Wirte argumentieren, dass das Gastgewerbe unter der Steuerlast leidet und viele Betriebe froh über diese Steuererleichterung wären. Die Initiative ist doch wirtschaftsfreundlich?

Ich befürworte tiefe Steuern – aber für alle, nicht nur für einzelne Branchen. Es ist auch nicht gesagt, dass die Restaurants die Vergünstigung an die



«Ich befürworte tiefe Steuern – aber für alle, nicht nur für einzelne Branchen», so der Appenzeller Nationalrat Andrea Caroni.

Gäste weitergeben. Schon heute müsste ja bei einem Restaurant mit Take-away-Angebot der Gast, der sein Essen mitnimmt, günstiger wegkommen. In der Realität sieht man das aber nur selten.

Die Initiative ist populär und stiess nicht nur im Nationalrat auf Zustimmung,

sondern auch bei Teilen der FDP. Wie erklären Sie sich das?

Das «Beizensterben» ist ein reales Problem. Es ist eine emotionale Angelegenheit, wenn das Stammlokal einer Bürgerin oder eines Bürgers die Tore schliessen muss. Die Lösungen der FDP sind aber nachhaltiger. Wir bekämpfen die Bürokratie (inkl.

MWSt-Einheitssatz) und stärken die wirtschaftliche Handlungsfreiheit. Für das Gastgewerbe und den Tourismus ist zudem die Personenfreizügigkeit von grosser Bedeutung. Aber auch die Wirte müssen mit der Zeit gehen: Sie sind ja z. B. frei, selber zum reduzierten Satz über die Gasse zu verkaufen.

Gastrosuisse begründet die Initiative mit dem sich wandelnden Lebensstil der Bevölkerung. So sei ein Restaurantbesuch heute für viele Menschen notwendig, die einer Tätigkeit ausser Haus nachgehen. Was meinen Sie dazu?

Ein Restaurantbesuch ist auch durch die Arbeitswelt nicht zwingender geworden; Take-away oder ein Lebensmittelgeschäft sind meistens eine Alternative. In unserer Anwaltskanzlei z. B. essen wir meistens vom Take-away im Pausenraum. Die Restaurants leiden übrigens auch unter dem technologischen Wandel: Man trifft sich heute weniger in der Beiz, denn dank Convenience Food können auch Leute wie ich zu Hause einfach «kochen». Zudem gibts den Dorfklatz online, und den Ausgang planen die Jungen per Smartphone.

Immer wieder schwebt die Idee eines Mehrwertsteuereinheitssatzes im Raum. Weshalb wäre dies die beste Lösung?

Ein Einheitssatz würde die ganze Bürokratie, die heute bei der Abrechnung der Mehrwertsteuer entsteht, massiv reduzieren. Weiter würden Verzerrungen abgebaut. Zudem könnte eine Senkung der Mehrwertsteuer angestrebt werden, die sich positiv auf alle Wirtschaftssektoren auswirken würde.

Und weshalb ist dessen Realisierung so schwierig?

Weil jede Branche, die in den Genuss des reduzierten Mehrwertsteuersatzes kommt, diesen natürlich nicht aufgeben will und daher gegen den Einheitssatz ist. Wenn wir Ja zur Gastro-Initiative sagen, wird der Weg zum Einheitssatz noch steiniger. Es ist kurzsichtig, zu glauben, die Wirte würden weiter für dessen Einführung kämpfen, denn sie wären ja neu bei den Privilegierten des Status quo.

Die FDP denkt weiter. Mit den drei Werten «Freiheit, Gemeinsinn, Fortschritt» wollen wir das Beste für unsere Wirtschaft und für die Bürgerinnen und Bürger erreichen. Wir sind keine Interessenvertreter einzelner Verbände, sondern denken für das Wohl des Landes. Hier ist klar: Der Einheitssatz ist die beste Lösung.

www.nein-gastroinitiative.ch

Zu Hause essen darf nicht teurer werden!

- Wird die Gastroinitiative angenommen, droht der Bundeskasse ein Loch von 750 Millionen Franken.
- Als Kompensation für die Steuerausfälle plant der Bundesrat, den reduzierten Mehrwertsteuersatz für Lebensmittel und alkoholfreie Getränke, für Bücher, Zeitungen und Medikamente um über 50 Prozent zu erhöhen.
- Dadurch steigen die Preise für Lebensmittel, die schon heute in der Schweiz vergleichsweise teuer sind. Die Zeche zahlen in erster Linie Familien und Personen mit mittleren und tiefen Einkommen, die meistens zu Hause essen.

Diese Organisationen lehnen die Gastroinitiative ab:
 Interessengemeinschaft Detailhandel Schweiz IG DHS
 Schweizerischer Bäcker-Confiseurmeister-Verband SBC
 Schweizer Bauernverband SBV
 Schweizer Fleisch-Fachverband SFF
 Schweizerischer Drogistenverband SDV
 Stiftung für Konsumentenschutz SKS
 Swiss Retail Federation SRF
 Verband Schweizer Medien

zu Hause teurer essen?



Gastroinitiative Nein!
28. September 2014

Komitee Nein zur Gastroinitiative, c/o SBC, Seelenstrasse 9, 3001 Bern

Wir sind keine Einheitspatienten!



NEIN ZUR EINHEITSKASSE
AM 28. SEPTEMBER

www.einheitskasse-nein.ch
 Überparteiliches Komitee «Nein zur Einheitskasse»,
 Postfach 6136, CH-3001 Bern



NUR DAS BEZAHLEN, WAS WIR WIRKLICH BRAUCHEN.

Mit dem neuen Sunrise Home lassen sich Internet, Festnetz und TV schon ab CHF 60.–/Monat für Sie optimal kombinieren. Unser Konfigurator hilft Ihnen mit vier einfachen Fragen, Ihr individuelles Paket zusammenzustellen: **sunrise.ch/meinpaket**



**comparis.ch
sagt:**

Mit dem «Sunrise Home»
Angebot überholt Sunrise
die Konkurrenz klar.

comparis.ch, 23.6.2014

Sunrise internet start, phone start, TV start für CHF 60.–/Monat

Das macht Sinn. **Sunrise**